

Hühner-Verein
Neuenbürg.
Donnerstag den
2. ds. Mis., abends
1/9 Uhr findet im
Sokal (Kaiser)
die jährliche
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
Jahresbericht,
Kassenbericht,
Neuwahlen.

Das Schützenmeisteramt.
die lit. Behörden.
Bedarf an
Formularien
man sich gef. an die
Druckerei ds. Blattes.
andere Formularien
Art werden nach einge-
Rufstern in Bälde an-
gt.

Wertvolle
König
pulver
Produkte, Göppingen.

Selbstgeber
Personen zu vergeben.
Erbkapitalien
Büro Nürnberg,
gesucht!

Gramme
e-
fehlungs-
abungs-
zeits-
er-
reden etc. etc.
chen, geschäft-
vorkommenden
eiten
enbürg. 0000

Er scheint
Montag, Mittwoch,
Freitag und Samstag.
Preis vierteljährlich:
in Neuenbürg M. 1.20.
Durch Post bezogen:
in Orts- und Nachbar-
orts-Verkehr M. 1.15;
in sonstigen inländ.
Verkehr M. 1.25; diezu
je 20 Pf. Bestellgeld.
Abonnements nehmen alle
Postämter und Postboten
sowie Einzelbestellungen.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die gespaltene Zeile
oder deren Raum 12 P.
bei Auskunftserteilung
durch die Exped. 12 P.
Reklamen
die 3ersp. Zeile 25 P.
Bei öfterer Insertion
entsprech. Rabatt.
Fernsprecher Nr. 4.
Telegraphen-Nr. 12.
„Enztäler, Neuenbürg“.

Nr. 18. Neuenbürg, Mittwoch den 1. Februar 1911. 69. Jahrgang.

Rundschau.

Berlin, 28. Jan. (Reichstag.) Am Bundesratssitz der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Delbrück, Lisco und Bermuth, ferner der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Febr. Zorn von Bulach, Unterstaatssekretär Mandel und andere. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11.22 Uhr. Das Haus setzt die erste Beratung der Vorlage betreffend die Verfassung für Elsaß-Lothringen fort. Nach dem Abg. Windler (lois.) ergreift der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg das Wort und führt aus: Die vor einem Jahre überwiegend günstige Stimmung hat einer skeptischen, vielfach ablehnenden Auffassung in dieser Frage Platz gemacht. Aus dem Verlauf der Debatte, namentlich vorgestern, habe ich wieder einen freundlicheren Eindruck bekommen. Die unvertretlichen Erscheinungen der letzten Zeit in Elsaß-Lothringen können uns zu einer Aenderung in unserer Stellungnahme nicht veranlassen. Die Einverleibung in Preußen oder in einen anderen Bundesstaat ist in den letzten Wochen publizistisch vertreten worden. Durch die bisherige Entwicklung ist ein Besitzstand geschaffen worden, der nicht nur für Elsaß-Lothringen eine Existenzfrage ist, sondern auch eine feste Stütze der Beziehungen bildet, in denen das Reich zu seinem jüngsten Gliede steht. Alle diese Werte geistiger und materieller Art würden wir vernichten, wenn wir heute daran denken wollten, Elsaß-Lothringen in einen angrenzenden Bundesstaat einzuverleiben. Nur Gründe zwingender Art könnten uns veranlassen, auf diesen Gedanken zurückzugreifen, den Fürst Bismarck selbst zu Ende der achtziger Jahre durchgedacht und durchgearbeitet hat, den er aber dann völlig fallen ließ. Man kann sich nicht wundern, wenn der Verleumdungsprozess nicht so schnell vor sich gegangen ist und es wäre falsch, die Hände darum in den Schoß zu legen. Vielleicht ist es ein Fehler gewesen, daß man in der Politik, mit der Bismarck seit eingeführt hatte, zu lange einen Stillstand hat eintreten lassen. Wenn einmal der Wunsch nach staatlicher Selbstständigkeit anerkannt war, dann hat das lange Zögern Mißmut hervorrufen müssen. Ich sehe mich darum mit Entschiedenheit für die Vorlage ein. Aber allerdings würde eine Politik der Nachgiebigkeit gegen die Elemente, die gegen die innere Vereinigung mit Deutschland heizen, uns keinen Schritt vorwärts bringen. (Sehr richtig! rechts). Diese Elemente müssen vielmehr die Hand des Gesetzes fassen. Ich bemerke, daß die verbündeten Regierungen von der Forderung des Zweikammersystems für Elsaß-Lothringen nicht abgehen werden. Die Erste Kammer müsse ein Bollwerk sein, die eine jedem Zweifel entrückte deutsche Politik in den Reichslanden gewährleisten. Deutschlands Ehre haben nicht dazu auf den Schlachtfeldern von Elsaß-Lothringen gebietet, daß deutschfeindliche Tendenzen sich dort ungehindert entwickeln dürften. Aber es handelt sich darum, dem Lande zu geben, was des Landes ist, dem Reiche, was des Reiches ist. Wir hoffen, daß die vorgeschlagenen Institutionen das politische Leben in den Reichslanden neu anregen werden und daß jeder Zuwachs an Macht und Stärke, den Elsaß-Lothringen erfährt, auch dem Reiche zugute kommt. Das ist unser einziges Ziel und ich bitte den Reichstag, an der Erreichung dieses Ziels mitzuarbeiten. (Beifall.) Nachdem noch die zweite Garnitur der Fraktionsredner gesprochen, wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Die zweitägige Generaldebatte des Reichstages über die elsass-lothringische Verfassungsfrage hat hinlänglich gezeigt, wie sehr die Ansichten der deutschen Volksvertretung über diesen bedeutsamen politischen Geschehnis noch auseinandergehen. Aber auch über die politische Stimmung der Elsaß-Lothringer und ihre Stellungnahme

gegenüber dieser Vorlage gelangten ziemlich verschiedenartige Auffassungen zum Ausdruck, dagegen bot die Generaldebatte wenigstens insofern ein hoch erfreuliches Moment dar, als alle zum Worte gelangten Abgeordneten aus dem Reichslande sich mit Entschiedenheit gegen die franzosenfreundlichen Demonstrationen der letzten Zeit in Elsaß-Lothringen wandten. Inwieweit es gelingen wird, in der Kommission eine Verständigung über die Verfassung für Elsaß-Lothringen zu erzielen, das bleibt einstweilen abzuwarten; jedenfalls wird das ohne Kompromisse nicht abgehen.

Berlin, 31. Jan. Mit Rücksicht auf die in Ostasien eingetretenen Gesundheitsverhältnisse hat der Reichskanzler sich für verpflichtet gehalten, beim Kaiser zu beantragen, daß die Reise des Kronprinzen für dieses Jahr in Kalkutta ihren Abschluß findet. Der Kronprinz wird demgemäß von Kalkutta aus die Heimreise antreten. Den Höfen in Tokio, Peking und Tokio, die alle herzliche Einladungen gesandt hatten, ist das Bedauern über diese durch unvorhergesehene Ereignisse herbeigeführte Aenderung der Reiseabsichten ausgesprochen worden, ebenso den Niederlanden und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Kolonien ebenfalls Besuche zugebracht waren.

Wie nachträglich aus Buenos Aires gemeldet wird, hielt bei der von der dortigen deutschen Kolonie veranstalteten Feier von Kaisers Geburtstag der argentinische Minister Gomez eine Rede. In ihr sprach er sich außerordentlich anerkennend über Deutschland und dessen Leistungen für die Zivilisation aus und schloß mit dem Wunsche, die Vorlesung möge Kaiser Wilhelm noch lange an der Spitze des deutschen Volkes erhalten.

Württemberg.

Stuttgart, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer kam der Abg. Käbel (nat.) im Verlauf seiner Rede zum Etat auch auf die Frage der politischen Betätigung der Staatsbeamten zu sprechen. Der Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker gab darauf im Namen der Württ. Regierung folgende Erklärung ab: Der R. Regierung liegt eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten ferne; es kann der Regierung nur erwünscht sein, wenn Männer, die in ihrem Beruf ein öffentliches Amt ausüben, sich auch außerhalb ihres Berufskreises am politischen Leben beteiligen und hierbei ihre beruflichen Erfahrungen der Allgemeinheit nutzbar machen. Doch ergibt sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und der Stellung des Beamten, daß die Freiheit der politischen Betätigung keine unbegrenzte sein kann, vielmehr ist der Beamte wie in seiner amtlichen und außeramtlichen Führung überhaupt so auch hier an gewisse Schranken gebunden. Diese sind bedingt sowohl durch die im Gesetz im einzelnen aufgezählten Beamtenpflichten, vor allem durch die gewissenhafte Wahrnehmung des Amtes, Amtsverschwiegenheit, achtungswürdiges Verhalten, wie auch durch die dem König geschworene Pflicht der Treue und des Gehorsams und verfassungsmäßigen Gehorsams. Die Grenze, mit deren Ueberschreitung der Beamte diese Pflichten verlegt, ist gesetzlich nicht fest umschrieben und kann es auch nicht sein. Die Grenze zu bestimmen, muß in erster Linie den vorgesehnten Behörden zukommen. Die R. Regierung wird aber auf die Zustimmung des Hauses rechnen dürfen, wenn sie das Vertrauen ausdrückt, daß Takt, Gewissenhaftigkeit und Anstand dem Beamten den mit seiner Stellung vereinbarten richtigen Weg zeigen werden.

Crailsheim, 30. Januar. Bei der heutigen Stadtschultheißenwahl wurde Sekretär Fröhlich Stuttgart mit 390 Stimmen gewählt. Ratschreiber Wähl-Alten erhielt 366, Amtsgerichtsekretär Meyer-Stuttgart 32 Stimmen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 29. Januar. Wie aus einer Landtags-Drucksache hervorgeht, ist der Entwurf einer umfassenden Aenderung des württ. Jagdgesetzes vom 27. Oktober 1855 in Arbeit.

Neuenbürg, 1. Febr. Wie wir erfahren, sind bei der gestern stattgefundenen Abstimmung über den Antrag auf Einführung des Aktuhelmschlusses für die offenen Verkaufsstellen in Neuenbürg 12 Stimmen für und 21 Stimmen gegen den Antrag abgegeben worden. Da sich hienach die im Gesetz verlangte Zweidrittel-Mehrheit für den Antrag nicht ergeben hat, hat dieser keine Aussicht auf behördliche Genehmigung.

Neuenbürg, 30. Januar. In der heute hier stattgehabten Vorstandssitzung des Bezirkswohltätigkeitsvereins konnte seitens des Vorsitzenden mitgeteilt werden, daß nunmehr in sämtlichen Gemeinden des Bezirks „Ortsausschüsse zur Bekämpfung der Tuberkulose“ gebildet worden sind. Außer den Krankenschwestern, die von Dienstes wegen zu unmittelbarer Mitwirkung berufen sind, finden sich weibliche Kräfte in diesen Ortsausschüssen an 3 Orten (Neuenbürg, Höfen a./E., Wildbad). Ferner konnte der Bericht bestätigen, daß auf die unter Mitwirkung des R. Oberamts ergangene Aufforderung an die Gemeinden, Beiträge zur Rasse des Bezirkswohltätigkeitsvereins zu leisten behufs wirksamer Finanzmaßnahme geeigneter Maßregeln 27 Gemeinden einen jährlichen Beitrag entweder neu eingeführt (22) oder den bisher schon gewährten erhöht (5) haben. 3 weitere Gemeinden haben es bei ihrem bisherigen Beitrag belassen. Er beträgt bei einer derselben 3 M., bei der anderen 10 M., bei der dritten 20 M. Zahlende Einzelmitglieder sind vorhanden in 5 Gemeinden: Neuenbürg (127 Mitglieder), Birkensfeld (58), Calmbach (29), Höfen a./E. (21), Wildbad (122). Außerdem befindet sich noch in 4 Gemeinden je ein zahlendes Mitglied. Kirchliche Gemeinden, die entweder aus Mitteln der Kirchenpflege oder aus hiesig veranstalteten Kirchenopfern Beiträge leisten, sind es 9. Die Rgl. Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins hat für 1910/11 einen Jahresbeitrag von 200 M. bewilligt (50 M. mehr als im Vorjahr). — Beschlossen wurde in der — auch von Mitgliedern der „Ortsausschüsse“ besuchten — Versammlung die Anschaffung von 500 Stück Spuckverbottafeln, die Bestreitung des Aufwands für Taschenspuckfläschchen, die Dr. Schüh (Charlottenhöhe) in zweckmäßiger Ausführung zur Verfügung stellen konnte, und die von den Ortsausschüssen nach Bedarf zu beziehen wären (1 Stück 40 P. — „auf Rechnung des Bezirkswohltätigkeitsvereins“!), die Verabreichung von Milchmarken für unbemittelte Tuberkulose-Infizierte, die Verbreitung des Flugblatts des Schwäbischen Bauverbands gegen den Alkoholismus, die Bestellung der von der Rgl. Zentralleitung angebotenen Viaticbildersammlung, die Ausstellung eines Wandermuseums, die Dr. Koch (Süßberg) in die Wege leiten zu wollen die Zusage gab, u. a. Zu besonderer Erörterung gab noch Anlaß die Frage der Desinfektion, sofern die Ausführung dieser gesetzlich vorgeschriebenen und behördlich überwachten Maßregel da und dort noch auf Mißverständnisse stößt und unliebsame Widerstände erfährt. Als amtlicher Bezirksdesinfektor ist Christian Seeger hier aufgestellt. — Von besonderer Wichtigkeit ist die Verbreitung des von der R. Zentralleitung unentgeltlich zur Verfügung gestellten „Tuberkuloseerklärungsblatts“, das die Ortsausschüsse nach Bedarf zur Verteilung bringen werden. Auch das vom deutschen Zentralverband herausgegebene Schriftchen von Dr. Hübner (Karlsruhe) „über die Bedeutung der frühzeitigen Erkennung des Lupus für die Heilung“ wird den Ortsausschüssen zugehen.



§ Neuenbürg. Auf ergangene Einladung hin versammelten sich am letzten Sonntag im Gasthaus zum „Palmenhof“ zahlreiche Freunde des Obsthauens aus Stadt und Bezirk, um sich wegen Gründung eines Bezirksobstbauvereins zu besprechen. Die Versammlung war sich darüber einig, daß die Gründung eines solchen Vereins ein Bedürfnis sei und ohne Verzug erfolgen solle. Nach Beratung der vom württ. Obstbauverein herausgegebenen Musterstatuten wurde ein provisorischer Ausschuss gewählt. Dieser hat für die in etwa 14 Tagen stattfindende Generalversammlung, in welcher der Verein als Bezirks-, Obst- und Gartenbau-Verein endgültig gegründet werden soll, die nötigen Vorbereitungen, wie Satzungsentwurf, Fühlungnahme mit dem landw. Bezirksverein, zu treffen. In der Generalversammlung wird rechtzeitig Einladung ergehen und es ist zu hoffen, daß sich hierzu die Interessenten, namentlich auch Vertreter der Gemeinden selbst, möglichst zahlreich einstellen, umso mehr, als damit zugleich ein gemeinsamer Vortrag des Hrn. Oberamtsbaumwärters Weiß in Aussicht steht.

Neuenbürg, 31. Jan. Am vergangenen Sonntag nachmittag fand in Schwann eine Turnwartversammlung des Nat. Schwarzwaldgaues statt, der vormittags eine Sitzung des technischen Ausschusses im Beisein einiger Gauauschussmitglieder vorausging. In derselben wurden die Stabübungen für das in Gräfenhausen stattfindende Gauturnfest festgelegt, welches auf den 9. Juli bestimmt worden ist. Als vollständige Übungen wurden Hangeln und Weitsprung gewählt. Die Vorprobe der Gesamtstabübungen nach dem Wettturnen soll der zeitraubenden Verhältnisse wegen in Wegfall kommen, dagegen sollen die technischen Ausschussmitglieder die ihnen zugeteilten Vereine an einem bestimmten Ort 14 Tage vor dem Fest zusammenziehen und die Stabübungen gemeinsam üben. Weiter wurde beschlossen, anlässlich der Fahnenweihe des Turnvereins Schwann, die am 6. August abgehalten wird, das beschlossene Fälgungswettturnen mit zu verbinden und außerdem noch einen Mannschaftslampf auszufechten, zu dem jeder Verein des Gaues 8 Turner zu stellen hat, die in gemischter Reihenfolge in Riegen eingeteilt die vorgeschriebenen Übungen zu turnen haben, einzeln gewertet werden und zum Schluß vereinsweise noch eine Gruppe Stabübungen auszuführen haben. Das Resultat wird dann für jeden Verein öffentlich bekannt gegeben und auch in den zuständigen Zeitungen veröffentlicht werden. Man hofft hiedurch dieser Veranstaltung ein turnerisches Gepräge zu verleihen und es bietet sich für die aktiven Turner in diesem Jahre genügend Gelegenheit, ihre turnerischen Fähigkeiten im redlichen Wettkampf zu messen und es ist auch für beide Festlichkeiten eine zahlreiche Beteiligung in Aussicht zu nehmen. Nachmittags schloß sich noch eine Besprechung der Anträge zum Kreisturntag am 12. Februar in Stuttgart an, wobei noch der besondere Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, daß sämtliche Gauvereine ihre Vertreter hierzu entsenden möchten.

Neuenbürg, 31. Jan. In diesem Donnerstag finden in Straßburg in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fuder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Beschriftung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Gingefandt.

Höfen a. G. Die Gas, die Elektrizität, das ist die Lösung, die gegenwärtig die Gemüter hier erregt.

Sei es nun auch einem der Sache persönlich ferne stehenden gestattet, unter Wahrung der Sachlichkeit in der Beleuchtungsfrage einige Worte vornehmlich über die Beleuchtungskosten zu sagen.

Um die Stundenzahl der jährlichen Dauer der Beleuchtungszeit festzustellen, wählte man gewöhnlich die Lampendrenzeit um die Zeit der Tag- und Nachtgleiche und vervielfältigte die ermittelte Stundenzahl mit 365.

Nehme ich nun an, daß bei den hier obwaltenden Verhältnissen zu der genannten Zeit abends eine Zimmerlampe durchschnittlich 2 1/2 Stunden gebrannt wird, so ergibt sich auf das ganze Jahr eine Brennzeit für eine Zimmerlampe von rund 900 Stunden, für die Beleuchtung der Treppe will ich nur 1/2 dieser Zeit mit 300 Stunden und für die Küche nur 200 Stunden in Rechnung nehmen.

Diese 1400 Brennstunden kosten bei elektrischem Licht unter Zugrundlegung des Preises des Gemeindeverbands Calw mit 4.8 f für ein 32kerziges Licht pro Brennstunde, jährlich 67 M. 20 f
Zählermiete jährlich 6 „ — „

Bei Gasbeleuchtung rechnen sich die Beleuchtungskosten bei der gleichen Kerzenzahl mit 1.3 f für 1200 Brennstunden (Zimmer und Treppe) auf 15 M. 60 f
für die Küche bei 200 Brennstunden zu den Kochgaspreisen 1 M. 60 f
17 M. 20 f
Zählermiete jährlich 4 M. 80 f

somit Mehrkosten bei elektrischer Beleuchtung jährlich 51 M. 20 f
Bei den Motoren gestaltet sich die Rechnung ähnlich. Rechnet man mit Motoren mit durchschnittlich 2 1/2 Pferdekraften und damit, daß jeder Motor täglich nur 2 Stunden im Betrieb ist, so ergibt sich bei 300 Arbeitstagen und einem Preis von 18 f für die Pferdekraftstunde der Betrag von 270 M. — f
Zählermiete 13 M. 80 f

Bei einem Gasmotor kostet der Gasverbrauch bei der gleichen Pferdekraftstundenzahl bei 12 f pro Pferdekraft 180 M. — f
Zählermiete 7 M. 20 f
187 M. 20 f
Zu dieser Summe ist nun weiter zu rechnen der Zins aus rund 300 M., um welchen Betrag höchstens ein Gasmotor teurer ist, als ein Elektromotor mit 15 M. — f

somit Mehrkosten bei einem Elektromotor gegenüber einem Gasmotor jährlich 81 M. 60 f
Ein Vergleich der Kosten für das Kochen mit Elektrizität oder Gas erübrigt sich, da das Kochen mit elektrischer Energie für gewöhnliche Sterbliche viel zu teuer ist.

Rechnet man nun weiter, daß bei beiden Beleuchtungsarten sich 120 Familien anschließen und daß etwa 10 Motore für gewerbliche Zwecke aufgestellt werden, so ergibt sich, daß die hiesige Einwohnerschaft bei Einführung elektrischer Beleuchtung zc. einen jährlichen Mehraufwand von 6960 M. für Licht- und Kraftwerke zu tragen hat. Dieser Mehraufwand ruht ausschließlich auf den Schultern der hiesigen Handwerksleute und Arbeiter.

Der vorstehenden Berechnung wird wohl entgegengehalten werden, bei der Einführung von Tantal- oder Osmiumlampen werden bei einer 70 prozentigen Stromersparnis die Kosten denjenigen der Gasbeleuchtung näher gerückt. Dies wird aber in Wirklichkeit nicht zutreffen, denn bei der oben angeführten Stromersparnis muß der Preis für den Strombezug notgedrungen um einen Betrag, der im Verhältnis zu der ersparten Summe steht, erhöht werden, weil sonst die Existenzfähigkeit des den Strom liefernden Wertes in Frage gestellt ist, also tatsächlich werden die Beleuchtungskosten bei der allgemeinen Einführung dieser neuen Lampen nicht geringer werden.

Weiter wird gegen die Einführung von Gas die Gefährlichkeit desselben ins Feld geführt, die Einwohnerschaft muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß nicht Steinkohlengas, sondern Luftgas, das eine Mischung von Benzin und Sauerstoff ist, zur Einführung geplant ist, und daß dieses Gas, weil es schwerer als die Luft, weitaus nicht so gefährlich ist, wie das Steinkohlengas, das bei seinem geringen spezifischen Gewicht in die Höhe steigt, während jenes Gas bei einem etwaigen Rohrbruch nicht aus dem Boden heraustritt, beim Ausströmen im Zimmer auf den Boden sinkt und durch die ständig am Boden herrschende Zugluft abgeführt wird.

Ueber den Verlauf der Versammlung am Samstagabend im Gasthaus zur „Sonne“ und über die dort zum Teil zur Schau getragenen Geschäftigkeiten vermag ich, nachdem ich im Eingang meiner Betrachtung zugesichert habe, die Sachlichkeit zu wahren, nichts zu berichten. J.

Höfen a. G. (Eingef.) Am Samstag den 28. Jan. fand im Gasthaus zur Sonne hier eine Bürgerversammlung, welche gut besucht war, statt. Im Laufe des Sommers zirkulierte eine Liste in der Einwohnerschaft, welche die Stellungnahme der Bürger zur Licht- und Kraftfrage klären sollte. Durch dieselbe wurde unzweifelhaft festgestellt, daß die Mehrzahl derselben der Elektrizität den Vorzug geben. In den Verhandlungen der bürgerlichen

Kollegien wurde ein Anschluß an den G. G. C. nicht gutgeheißen. Die Erstellung eines Gaswerkes in eigener Rechnung der Gemeinde wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt, jedoch auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, mittelst Ausgabe einer verbindlichen Anmeldung durch die Firma Franke in Bremen die allgemeine Stimmung für Gas seitens der Bürgerschaft zu erforschen. Diesem Gedanken lag wohl die Absicht zu Grunde, in unbefangener Weise den Wunsch der Bürgerschaft zu erfahren. Nachdem jedoch obige Absicht dadurch illusorisch wurde, daß die Firma peribaldig tätig war und ein Teil der Bürgerschaft ferner noch in nicht ganz einwandfreier Weise durch den Hrn. Ortsvorsteher für das Gas zu gewinnen versucht und teilweise auch gewonnen wurde, sah sich eine Anzahl unparteiischer Bürger veranlaßt, auch den Vertreter der Elektrizität zum Worte kommen zu lassen. Dr. Ingenieur Roth aus Stuttgart, welcher der Aufforderung, einen Vortrag über Elektrizität zu halten, gerne nachgekommen ist, sprach in gemeinverständlicher Weise über die großen Vorzüge der Elektrizität, sowohl als Kraft- wie auch als Lichtspender. Aus demselben entnehmen wir: die großen Vorzüge derselben insbesondere beim Vergleich der Elektromotore und der Gasmotore, ferner als Lichtspenderin bietet die Elektrizität gegenüber dem Gas große Annehmlichkeiten. Nicht unerwähnt bleibe auch die große Gefahr, welche mit Einführung des Gases in Wohnhäuser verbunden ist, für die Bewohner derselben, in keinem beneidenswerten Zustand befinden sich die Ortsstraßen während dem Bau und bei der Vornahme von Reparaturen usw. (Man erinnere sich noch der Einführung der Kanalisation!) Am Schluß der Versammlung wurde beschlossen, an die bürgerl. Kollegien folgende Resolution abgeben zu lassen: „In der heute im Gasthaus zur Sonne abgehaltenen Bürgerversammlung wurde festgestellt, daß die Licht- und Kraftfrage eine einseitige Behandlung erfahren hat. Die Versammlung legt hiegegen ausdrücklich Protest ein, insbesondere anerkennt sie nicht die Art und Weise, in welcher die Erhebungen zu dem Lustgaswerk gemacht und unterstützt wurde.“ Durch die längere berechtigte Debatte, welche der Vortrag hervorrief, dehnte sich die Versammlung etwas lange aus. Das Erscheinen des Polizeidieners um 12 Uhr wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel, denn jeder Besucher glaubte an eine genügende Verlängerung der Polizeistunde. Auf das Befragen der Gäste erklärte der Wirt, daß ihm die nachgesuchte Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr verweigert wurde, weil an die bürgerlichen Kollegien scheinbar keine Einladung ergangen sei. Die bürgerlichen Kollegien zählen nach Ansicht des Hrn. Ortsvorstehers nicht zur gesamten Bürgerschaft! (Siehe Bekanntmachung im „Gazdler“ Nr. 15 u. 16.)

Höfen. (Eingef.) Die Beleuchtungsfrage unserer Gemeinde erregt die Gemüter in einer Weise, daß man fast glauben könnte, das ganze Wohl und Wehe derselben hinge davon ab. Dies zeigte die Versammlung am vergangenen Samstagabend in dem Gasthaus zur Sonne hier. Die Geschäftigkeit und ein reiner Oppositionsgeist trieben da die schönsten Blüten und gleich die Versammlung mehr einer Demonstration gegen die Ortsbehörde und die Herren. Wie könnte dies anders möglich sein, da doch weitaus dem größten Teil der elektr. Partei das Verständnis für die Sache, die verfochten wird, gänzlich abgeht. Es sei an dieser Stelle gestattet, einige Momente der Versammlung wiederzugeben. Es hieß da u. a., das Gasprojekt würde von den Herren nur deshalb unterstützt, weil die Herrschaften, die das elektr. Licht bereits hätten, nun auch noch die Bequemlichkeit des Gasluchens wünschen. Weiter hieß es, daß aus diesem Grund das Kochgas auch erheblich billiger würde wie das Leuchtgas, als ob dieser Vorteil nur den Herren zugute käme zc. Es würde zu weit führen, all' dies hier zu erörtern, doch sollten die Führer der Oppositionspartei so viel wissen, daß Kochgas in der ganzen Welt billiger ist als Leuchtgas. Schließlich wurde abgestimmt und ergab die Abstimmung ein Resultat, daß man nun nicht mehr im Zweifel sein kann, daß Elektrizität Trumpf werden wird. Was soll übrigens diese Abstimmung bezwecken? Die Gasgegner sollen doch die Entscheidung über die wichtige Frage ruhig den bürgerlichen Kollegien überlassen. Uebrigens trat auch in dieser Versammlung eine gewohnte Erscheinung zutage, denn auch hier haben sich zum Teil die niedrigsten Steuerzahler berufen gefühlt, das große Wort zu führen und mit aller Energie gegen die wachsenden Steuerlasten Front zu machen. Unstreitig ist in der ganzen Behandlung der Lichtfrage eine Lücke, denn es wäre doch wohl das Richtige gewesen, einen absolut

unparteiischen Sachverhalt wider der beiden öffentlichen Versammlungsvorlage von genauen wohl über die Kosten Beleuchtung. Als ich unter den hiesigen für das Gas noch die Gelehrten wohl die Beleuchtung ganz unorthodox zum Beweis für diese daß die Verwaltung mehr und mehr unorthodox gehen; diese Tatsachen Gründe haben, die fahrungen führen können wohl nicht wissen, das besonders da, wo es Energie ohne ausrechenbar ausnahmslos schlecht in der Tat noch nicht dringende Rat gegeben diese Angelegenheit zu hinein opponieren. Ich irre, auch schon die Genossenschaft zu gründen sich dem Gemeindefürsorge dieser genialen wisse Hochachtung nicht fürchten, daß dieser Aussichtlich eine recht würde, abgesehen von Leituungsbesuchen innerhalb der Gemeindevorwaltung

Calw, 30. Jan. Ortsgruppe Calw, hielt am 28. d. M. eine Versammlung im Reinath aus Stuttgart. Die politische Lage in Preußen warf in seine Blick auf die Verhältnisse in unserem Vaterlande. Erfreulicher als im Vordergrund der Betrachtung und die Befreiung größtem Einfluß auf die Deckung des Reichswirtschaftl. Finanzreform. ergebe sich eine Schwäche allein könne die Preußen Die Notlage Württembergs hatte Ertragnis unternommen. Preußen hat Ueberschuss, dagegen in gemeinen Steuermitteln leisten. Württemberg teurere Betriebskosten unterlebe; diese Uebelstände eisenbahnen aufgehoben Preußen hat das Projekt Landständen vereitelt wie sich in Deutschland betreffen der Schiffahrt Politik einstellen. Die nicht erfreulich. Deutsches Nachwirken der Reichsstandkommen der Konvention worden sei. Es sei die Konventionen vom jede weitere Annäherung vationen den Riß zwischen Liberalen Partei größer

Die Mann

ist weiter ausgebrochen. Göppingen, Blauburg, Kottweil, Tübingen

Stangen

Die Gemeinde meindewald mit Borghaus am Montag 53 Hagtingen, 6 Jangen II. Kl. 5 Nebsteden I. Kl. 1 Zusammenkunft vormittags Schielberg, den 30



n den G.C.C. nicht
 mes Gaswerkes in
 wurde mit Stimmen-
 Antrag des Vor-
 gabe einer verbind-
 a Franke in Bremen
 seitens der Bürger-
 anten lag wohl die
 flüchter Weise den
 erfahren. Nachdem
 satorisch wurde, daß
 und ein Teil der
 ganz einwandfreier
 teher für das Gas
 eise auch gewonnen
 parteilicher Bürger
 der Elektrizität zum
 Ingenieur Koh aus
 ung, einen Vortrag
 nachgekommen ist,
 über die großen
 als Kraft- wie auch
 entnehmen wir:
 insbesondere beim
 der Gasmotore,
 Elektrizität gegen-
 schreiten. Nicht un-
 Befahr, welche mit
 auser verbunden ist,
 keinem beneidens-
 Ortsstraßen wä-
 nnahme von Repa-
 noch der Einführ-
 usse der Versamm-
 bürgerl. Kollegien
 lassen: „In der
 gehaltenen Bürger-
 daß die Licht- und
 rung erfahren hat,
 ausdrücklich Protest
 nicht die Art und
 zu dem Luftgas-
 rde.“ Durch die
 der Vortrag her-
 lung etwas lange
 ieners um 12 Uhr
 am Himmel, denn
 ägende Verlang-
 Befragen der Gäste
 nachgesuchte Ver-
 1 Uhr verweigert
 Kollegien scheinbar
 die bürgerlichen
 Hr. Ortsvor-
 erschaft! (Siehe
 r. 15 u. 16.)
 Beleuchtungs-
 Gemühter in einer
 dnnte, das ganze
 davon ab. Dies
 angenen Samstag
 e hier. Die Ge-
 egeit trieben da
 die Versammlung
 die Ortsbehörde
 anders möglich
 Teil der elektr.
 Sache, die ver-
 Es sei an dieser
 der Versammlung
 das Gasprojekt
 b unterstützt, weil
 ht bereits hätten,
 des Gaslochs
 as diesem Grund
 würde wie das
 nur den Herren
 führen, all dies
 hrer der Oppo-
 Kohgas in der
 gas. Schließlich
 Abstimmung ein
 im Zweifel sein
 den wird. Was
 bezwecken? Die
 idung über die
 Kollegien über-
 er Versammlung
 denn auch hier
 Steuerzahler be-
 führen und mit
 Steuerlasten
 der ganzen Ve-
 denn es wäre
 einen absolut

unparteiischen Sachverständigen über das Für und Wider der beiden Arten von Beleuchtung in einer öffentlichen Versammlung zu hören unter gleichzeitiger Vorlage von genauen Rentabilitätsberechnungen, so wohl über die Kosten der Gas- wie auch der elektr. Beleuchtung. Als durchaus unparteiischer Bürger bin ich unter den bestehenden Verhältnissen weder für das Eine noch für das Andere, doch sind sich die Gelehrten wohl darüber einig, daß elektr. Beleuchtung ganz unverhältnismäßig teurer ist, als Gas. Zum Beweis für diese Behauptung mag wohl dienen, daß die Verwaltungen der größten Städte immer mehr und mehr wieder zu der Gasbeleuchtung übergehen; diese Tatsache muß doch ihre bestimmten Gründe haben, die sich nur auf entsprechende Erfahrungen stützen können. Die Gasgegner wollen wohl nicht wissen, daß die elektr. Ueberlandzentralen, besonders da, wo es sich um Erzeugung der elektr. Energie ohne ausreichende Wasserkraften handelt, ausnahmslos schlecht rentieren. Sollten Sie es aber in der Tat noch nicht wissen, dann sei ihnen der bringende Rat gegeben, sich etwas eingehender über diese Angelegenheit zu befragen, ehe sie ins Blaue hinein opponieren. Es soll sogar, wenn ich nicht irre, auch schon die Rede davon gewesen sein, eine Genossenschaft zu gründen mit dem Zweck, als solche sich dem Gemeindeverband anzuschließen. Dem Schöpfer dieser genialen Idee kann man eine gewisse Hochachtung nicht verlagern, doch steht zu befürchten, daß dieser Idealist seinen Anhängern vor-aussichtlich eine recht unverbauliche Suppe einbroden würde, abgesehen davon, daß zur Erstellung des Leitungsnetzes innerhalb Ortsbeter die Genehmigung der Gemeindeverwaltung gehört.

Calw, 30. Januar. Die Deutsche Partei, Ortsgruppe Calw, hielt gestern nachmittag im „Baldhorn“ eine Versammlung ab, in der Parteisekretär Reinath aus Stuttgart über die „gegenwärtige politische Lage in Reich und Land“ sprach. Der Redner warf in seinen Ausführungen zuerst einen Blick auf die Verhältnisse in Württemberg. In unserem Vaterlande seien die Verhältnisse etwas erfreulicher als im übrigen Deutschland. Im Vordergrund der Beratungen des Landtags siehe der Etat und die Gehaltsvorlage. Letztere sei von größtem Einfluß auf die württ. Finanzverhältnisse. Die Deckung des Mehrbedarfs erfordere eine kleine württ. Finanzreform. Für die politischen Parteien ergebe sich eine schwierige Lage und eine Partei allein könne die Verantwortung nicht übernehmen. Die Notlage Württembergs sei durch das mangelhafte Erträgnis unserer Eisenbahnen mitverursacht worden. Preußen habe Hunderte von Millionen Ueberschuß, dagegen müsse Württemberg aus allgemeinen Steuermitteln Zuschüsse zu den Eisenbahnen leisten. Württemberg habe teure Eisenbahnanlagen, teurere Betriebskosten und seinen starken Durchgangsverkehr; diese Uebelstände wären aber durch Reichseisenbahnen aufgehoben worden, wenn nicht aus Preußenhaß das Projekt Bismarcks von den württ. Landshänden vereitelt worden wäre. Offentlich werde sich in Deutschland bei Ständen und Regierung in Betreff der Schiffahrtsverbände eine großzügigere Politik einstellen. Die politische Lage im Reich sei nicht erfreulich. Deutschland zittere noch unter der Nachwirkung der Reichsfinanzreform, bei deren Zustandekommen der konservativ-liberale Block zerstückelt worden sei. Es sei dabei zu konstatieren, daß sich die Konservativen vom Block getrennt hätten und jede weitere Annäherung von Zentrum und Konservativen den Riß zwischen letzteren und der national-liberalen Partei größer mache. Eingehend besprach

der Redner sodann die Stellung des Zentrums im Reichstag, das Ergebnis der Nachwahlen und das Wahlabkommen zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Partei in Württemberg. Im 7. Reichstagswahlkreise habe die Deutsche Partei der Volkspartei die Aufstellung der Kandidaten überlassen und er (Redner) richte die Bitte an die Parteimitglieder das Wahlabkommen einzuhalten, selbstverständlich nur so lange, als die Fortschrittliche Volkspartei ebenfalls den Abmachungen nachkomme. Leider habe die Deutsche Partei bis jetzt nicht den Eindruck gewinnen können, daß dies geschehen werde und insbesondere sei es der 4. Reichstagswahlkreis, wo bis jetzt die Lokalorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei nicht dazu gebracht werden könne, den Kandidaten der nationalliberalen Partei zu unterstützen. In der inneren Politik verbreitete sich der Redner sodann noch über die Reichsversicherungsordnung, über den Entwurf einer Privatbeamtenversicherung und über die Reichswertzuwachssteuer und ging dann über zu der Lage Deutschlands in der äußeren Politik. Die Stellung Deutschlands sei durch die Einkreisungspolitik Englands äußerst gefährdet gewesen, sie habe sich aber wesentlich verbessert, und insbesondere fange Rußland an zu Deutschland sich auf den früheren Boden zu stellen. Der Handel und die Industrie Deutschlands zwingen zu einer Weltpolitik, zur Freihaltung des öffentlichen Weltmarktes und die Deutsche Partei haben ihren Blick darauf zu richten, daß im Innern liberal und nach außen national regiert werde. Reichler Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Nach Ende des Vortrags lief von der Fortschrittlichen Volkspartei die schriftliche Mitteilung ein, daß die Wahlkreisversammlung des 7. Reichstagswahlkreises den seitherigen Reichstagsabgeordneten Schweichhardt wieder als Reichstagskandidaten aufgestellt habe und es wurde daran die Bitte geknüpft, die Deutsche Partei möge in dem kommenden Wahlkampf Schulter an Schulter mit der Fortschrittlichen Volkspartei kämpfen im Verfolg des zwischen den beiden Parteien getroffenen Wahlabkommens. An dieses Ersuchen schloß sich eine sehr lebhaft erörterung an, wobei verschiedene interne Fragen der Deutschen Partei zur Aussprache gelangten. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Bezirksversammlung der Nationalliberalen Partei in Calw nimmt Kenntnis von der mitgeteilten Wiederaufstellung des Hrn. Schweichhardt als Reichstagskandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei und erklärt sich bereit, diese Kandidatur im Hinblick auf das Wahlabkommen im Lande nachdrücklich zu unterstützen, jedoch nur unter der bestimmten Voraussetzung, daß auch die nationalliberalen Kandidaten in den der Nationalliberalen Partei überlassenen Wahlkreisen, insbesondere dem benachbarten 4. Wahlkreis, von den volksparteilichen Lokalorganisationen nachdrücklich unterstützt werden.“

Calw, 31. Jan. Am letzten Sonntag war im Dreißigen Saal eine Versammlung der Vertrauensmänner des VII. Reichstagswahlkreises, die von etwa 200 Wählern aus allen 4 Oberamtsbezirken besucht war. Es wurde ein Wahlkreisauschuß aus je 6 Vertrauensmännern jedes Oberamts gebildet und die Statuten desselben beraten. An die Spitze wurde der Landtagsabgeordnete des Bezirks Calw Hr. Staudenmeyer berufen. Es wurde beschlossen, die Kandidatur dem seitherigen Abgeordneten Hrn. Schweichhardt aus Tübingen anzutragen, der bisher den Wahlkreis in Berlin vorzüglich vertreten hat. Um 4 Uhr erschien Hr. Schweichhardt aus Tübingen trotz kaum überstandener Krank-

heit, stürmisch begrüßt von der Versammlung. In einer kurzen Ansprache führte er die Gründe aus, die ihn bewogen haben, die Kandidatur nochmals anzunehmen, trotzdem schwere persönliche Gründe entgegenstehen. Sein Geschäft müsse er leider vernachlässigen. Für ihn bedeute die Annahme der Kandidatur ein großes Opfer. Aber unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen hätte er es doch nicht verantworten können, sich aus persönlichen und geschäftlichen Rücksichten auf die Seite zu stellen. Der Kampf werde diesmal heiß werden, Deutschland stehe vor einem Wendepunkt und da müsse alles angestrengt werden, daß der Block zwischen Zentrum und Junkern im nächsten Reichstage nicht mehr funktionieren könne. Zur Annahme habe ihn auch die Anhänglichkeit seiner Wähler bestimmt. Ueberall, wo er hingekommen sei, sei er mit offenen Armen empfangen worden; die alte Anhänglichkeit beweiße auch die große Vertrauensmännerversammlung. Der gleichzeitig in Calw versammelten Deutschen Partei wurde sofort von der Aufstellung der Kandidatur Dr. Schweichhardts offiziell Mitteilung gemacht. Zum Schluß hielt noch der Parteisekretär Hr. Staudenmeyer einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen. Er betonte stark, daß der folgende Kampf schwer werde, da die Sozialdemokratie statt nach rechts ihre ganze Stoßkraft gegen die Volkspartei wende, was auch die Heilbronner Landtagswahl gezeigt habe, daß sie Zentrum und Bauernbund auffällig schone und nur die Volkspartei belämpfe. Ein Kampf nach zwei Fronten sei immer schwer. Von allen Rednern wurde an die Opferwilligkeit und Energie der Vertrauensmänner appelliert, da die Volkspartei verhältnismäßig schlecht organisiert ist, während bei der Sozialdemokratie die ganze Organisation ausgebaut ist, so daß sie eine große Anzahl bezahlter und berufsmäßiger Agitatoren zur Verfügung habe. Beim Zentrum ist fast jeder Pfarrer und Kaplan ein Agitator. Auch der Bauernbund habe eine große Anzahl Berufsagitatoren. Auch an Geld fehlt es nicht, zahlt ja doch das Kalifornikat dem Bund der Landwirte 1/4 Million jährlich. Zum Schluß kamen Vertreter jedes Oberamts zum Wort, die einen Bericht über die politischen Verhältnisse ihres Bezirkes gaben. Doch war der Eindruck derart, daß mit allen Kräften gearbeitet werden müsse, um den Ansturm von links und rechts abzuwehren. — Was die Unterstützung durch die Nationalliberale Partei anlangt, auf die man gemäß dem Abkommen im VII. Wahlkreis rechnen, so ist es selbstverständlich auch unsere Meinung, daß sie, wie z. B. im IV. Wahlkreis, auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Die Parteileitung und die übrigen Faktoren haben schon ihr Möglichstes getan, ihren Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen und werden es zweifellos auch weiterhin tun. Koffelden, 30. Jan. Dem Rehger Braun wurde dieser Tage der zwölfte Knabe geboren. Von diesen Zwölf wird nun einer getauft, einer konfirmiert und drei ausgemustert.

**Gut bürgerliche
Schuhwaren**

kaufen Sie in kräftiger, wie auch feiner Ausführung am besten und billigsten nur bei
Ferd. Schäfer, Pforzheim

Teleph. 1959. Ecke Marktplatz. Schlossberg 1.

Siege zweites Blatt.

Amtliche Bekanntmachungen und Privat-Anzeigen.

Die Maul- und Klauenseuche
 ist weiter ausgebrochen in den Oberamtsbezirken Geislingen, Öppingen, Blaubeuren, Kirchheim, Redarsulm, Kottweil, Tübingen und Waiblingen.

Stangen-Versteigerung.
 Die Gemeinde Schilberg versteigert aus ihrem Gemeindegeld mit Vorfrist bis 1. Oktober ds. Js.
am Montag den 6. Februar ds. Js.
 53 Haghangen, 697 Baumföhle, 35 tannene Hopfenstangen II. Kl., 55 dto. III. Kl., 130 dto. IV. Kl., 365 Rebstrecken I. Kl., 1305 dto. II. Kl. und 6405 Bohnensteden.
 Zusammenkunft **vormittags 9 Uhr** beim Rathaus dahier.
 Schilberg, den 30. Januar 1911.
Gemeinderat.
 A g t m a n n, Bürgermeister.

Einen ordentlichen
Jungen,
 der die Brot- und Feinbäckerei gründlich erlernen will, nimmt in die Lehre
Karl Knöller,
 Bäckermeister, Höfen a/Eng.

Wildbad.
Zimmerschießstand
 „Roland“
 ist billig zu verkaufen. Ein Jagdstück für jeden Gastwirt, gänzlich gefahrlos.
Gustav Ruch
 zum „goldenen Adler“.

Fischwasser-Verpachtung.
 Am Freitag den 3. Februar ds. Js., nachmittags 2 Uhr
 kommt auf der „Hohmühle“, Gemeinde Ottenhausen, das
Fischwasser der Pünz,
 soweit es die württ. Markungen Feldmannsdorf und Ottenhausen und die badische Markung Jittersbach betrifft, im Wege des öffentlichen Aufsteigs zur Verpachtung auf die nächsten 12 Jahre (1. Februar 1911 bis 31. Januar 1923), wozu Pachtstehhaber eingeladen werden.
 Den 28. Januar 1911.
K. Württ. Kameralamt Großh. Bad. Bürgermeisteramt
 Neuenbürg. Jittersbach.



Die Ev. Ortsschulräte des Bezirks

werden gemäß Erlaß des R. Ev. Oberschulrats vom 14. Januar 1911 Nr. 781 darauf hingewiesen, daß die erforderlichen Beschlüsse betreffend Einführung oder Aufhebung von Abteilungsunterricht für das mit dem 1. Mai 1911 beginnende Schuljahr (auf Grund der Äußerungen der Lehrerkonvente, wo solche bestehen) so rechtzeitig gefaßt und die etwa nötigen Anträge an die Gemeindefolklegien so rechtzeitig gestellt werden müssen, daß deren Vorlage an das Bezirksschulamt bzw. gemeinschaftl. Oberamt auf 1. April 1911 geschehen kann. Zur Behandlung der Angelegenheit vergl. Schütz-Hepp Volksschulgesetzgebung II Seite 254 f.

Neuenbürg, den 27. Januar 1911. Höfen a/G.

R. gem. Oberamt in Schulsachen. Hornung. Schneider.

Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Im Monat Februar 1911 beginnt:

der Wochenmarkt um 1/2 9 Uhr morgens, der Schweinemarkt um 8 Uhr morgens.

Den 31. Januar 1911. Stadtschultheißenamt. Stirn.

Bezirks-Wirtsverein Neuenbürg.

Am Dienstag den 7. Februar ds. Jz., nachmittags 2 1/2 Uhr

findet im Gasthaus zum „Anker“ in Neuenbürg unsere

1. General-Versammlung

mit folgender Tages-Ordnung statt:

- 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahlen. 4. Vortrag über Flaschenbierhandel und Umgeld durch den Landesverbandsvorsitzenden Fr. Schramm aus Stuttgart. 5. Vortrag über „Weinzentrale“ durch Hrn. Schneider aus Freiburg i. Br.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie alle übrigen Kollegen des Bezirks zu recht zahlreichem Besuche höflichst ein.

Der Vorstand: G. Rienzle. Der Schriftführer: E. Dubeck.

Schwann.

Am Sonntag den 5. Februar ds. Jz. findet in meinem Hause ein

öffentlich. Maskenball : mit Preisverteilung :

statt, wozu höfl. einladet

Wagner zum Ochsen.



Schützen-Verein Neuenbürg.

Donnerstag den 2. ds. Mts., abends 1/2 9 Uhr findet im Lokal (Kaiser) die jährliche

General-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahlen.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Das Schützenmeisteramt.

Neuenbürg.

Zu einem Waggon Ia. zerleinerten

Gastloß,

Kohlen

sucht noch einige Abnehmer Franz Andrä.

Neuenbürg.

Goldschmiedslehrlinge, ein Fassler-Lehrling und Polissenen-Lehrmädchen werden zu gründlicher Ausbildung angenommen.

Jul. Bleyer Wwe.

Neuenbürg.

Frischgewässerte

Stoßfische

schön weiß, empfiehlt Tel. 61. Karl Mahler.

Neuenbürg.

Lehr-Mädchen zum Weihen werden angenommen. Elisabeth Genthner, Unterer Sägerweg 251.

Ein älteres Mädchen, welches Liebe zu Kindern hat und in Zimmerarbeit tüchtig ist, wird auf 1. März als Zweitmädchen nach Neuenbürg gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Bezirks-Pferde-Versicherungs-Verein Neuenbürg.

Rechnungs-Abschluß

für das Geschäftsjahr 1910.

Einnahmen.

Ausgaben.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Rows include items like 'Vortrag aus dem Vorjahr', 'Prämien-Einnahme', 'Ausbezahlte Entschädigungen', 'Zum Reservefonds', etc.

Zur Beurkundung: Neuenbürg, den 19. Januar 1911. Vereinsvorstand: Eugen Feeger.

Kassier: Kübler.

Redaktion, Druck und Verlag von G. Reed in Neuenbürg.

Todes-Anzeige. Schwann, 31. Januar 1911. Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe, teure Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante Luise nach langem Leiden zur ewigen Heimat abzurufen. Die trauernden Hinterbliebenen: Karl Schönthaler und Frau mit Geschwistern. Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr statt.

Dr. Henzler, Neuenbürg hält ab 1. Februar 1911 seine Sprechstunde im Hause alte Pforzheimerstrasse 299a (früheres Bezirkskrankenhaus) Werktags von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr; Sonntags nur für dringende Fälle vormittags 10 Uhr.

Darlehen vom Selbstgeber gegen Rotenrückzahlung an solvente Personen zu vergeben. Hypotheken und Betriebskapitalien durch das Bank- und Hypotheken-Büro Nürnberg, Rüdertstr. 6. Vertreter überall gesucht!

Wichtig für Hotels, Pensionen, Anstalten, sowie Private. Wegen Todesfalls wird das ganze Inventar des Hotels zum „Schwarzen Adler“ in Pforzheim einem Ausverkauf ausgesetzt. Beinhaltend: kompl. feine Zimmereinrichtungen, Wirtschafts-Inventar, 2 große, gute Herde, 2 gut erh. gr. Glaschränke, einige Eisschränke, Saal-Inventar, ca. 800 Stühle, 150 Tische, gut erh. größere Theaterbühne, 4 gr. Kristallspiegel, gr. Wärmehof, 9 fast noch neue größere Küster etc., eine Partie groß Kupferdöpfe, sowie Silbergeschirre und Bekleidung, kompl. Kücheneinrichtung. Näheres Frau M. Weleker Wwe., Pforzheim, Kronprinzenstraße 2.

GROSSE Geld-Lotterie des Museums für Völker- u. Länderkunde (Linden-Museum) Stuttgart. Ziehung garant. 3. u. 4. Febr. 1911 6012 Geldgewinne. 120000 1. Hauptgewinn Mk. 50000 2. Hauptgewinn Mk. 20000 199 Gewinne Mk. 14000 999 Gewinne Mk. 11000 5000 Gewinne Mk. 25000 Original-Lose 3 Mk. 5 Lose 14 Mk. 20 Lose 28 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. Zu beziehen durch alle Verkaufsstellen und Generaldebit: J. Schweickert, Stuttgart, Marktstrasse 6.

Neuenbürg. Schön möbl. Zimmer am Turnplatz hat sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. des „Enztalers“. Für 15-jähriges, kräftiges Mädchen wird auf 1. März Stelle gesucht. Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Wybert-Tabletten Schützen Sie vor HUSTEN HEISSE KATARRHE. Tausende von Menschen bedürfen zu ihrer Tätigkeit im Berufs- gesunder, kräftiger Stimmorgane. Während der rauhen Jahreszeit sind diese bedroht. Schützen Sie sich durch täglichen Gebrauch von Wybert-Tabletten vor Husten, Heiserkeit, Katarrh. Eine Probe derselben beweist mehr als viele Worte. Borrätig in allen Apotheken à Mk. 1.-

Reißzeuge besser Qualität, in schöner Auswahl bei G. Reed.

München, 30. Kreisen vernimmt, so vom jetzigen Papst Kirchenrecht neuerdind und auch bei uns in T daß die Geistlichen tragen haben und w und Theater vermeide München, 28. lungen wurde gestern wegen schlechten Ein tellner im Walthäuser reffant ist besonders Zeugen bewiesene B daß der jährliche Gew bräu 210000 Mk. le schenken der Schankl verurteilte, wie schon auf einen, der freigesp Gefängnis und Geldf Wirt konnte nicht veru festgesetzt war, daß schlechten Einschenken München, 30. nicht an die Wand m hat man im Walthäse „in Revolution ger ist die Revolution tauf Die Schenkellner lich halten — haben Bekanntwerden des die Arbeit niedergele „Risiko der Arbeit“ mittag war Aushilsp am Abend soll gesch werden. München, 30. im Kolosseum wurde genommen, der v halbe Stunde zuvor e auf der Redoute besaf haben, das 30 Mk. e sofort eine Hausjudu nung des Festgenom gegeben hatte, vornah 80 Damenlädchen un ferner zwei lange Me den Täschchen besand vorher Gestohlene. D dem er es entwendet, und war dann zu wei dente zurückgekehrt, u weitere Diebstähle aus aus dem Täschchen di und sich die Garderob er dann in einem Res dienstdienstlicher Kaval zur Aufbewahrung üb legener Zeit in seine Polizei glaubt in dem gemeingefährlichen Bu Saarbrücken, Bahnhof wurde ein gu in dessen Begleitung fanden. Diesen wollt eine Stellung verschaf gefährlichen Mädchen schon eine große Anz reitver verschleppt hat. In Bochum hat bach seiner Frau me Kopf beigebracht, ihr seine 4 Kinder und se Die Frau, die noch so gab, wurde in ein Kra und die vier Kinder f Der Bedarf an ungeheuer gestiegen, d deutschen Eisenerzeug hergestellt werden muß Griechenland, Indien in neuerer Zeit insf